A3NEU2 Kapitel 3: Stadtentwicklung

Gremium: Vorstand Grüne Oberursel
Beschlussdatum: 10.08.2020

Text

Kapitel 3: Stadtentwicklung und Städtebau

Oberursel ist eine wachsende Stadt, die mitten in der dynamischen Metropolenregion Frankfurt/Rhein-Main liegt. Diese exponierte Lage birgt vielfältige Chancen, aber auch Herausforderungen. Zuzüge und Siedlungsdruck haben die Miet- und Baupreise in den letzten Jahren explodieren lassen. Flächen, die ökologisch verantwortlich bebaut werden können, sind knapp. Der menschengemachte Klimawandel zwingt uns dazu, alle geplanten Bauaktivitäten unter dem Blickwinkel von Klimaschutz und Ressourcenschonung noch kritischer zu bewerten. Damit Oberursel weiterhin eine lebenswerte Stadt für alle Menschen unabhängig von sozialem Milieu und Einkommensklasse bleibt, müssen wir die Stadtentwicklung ökologisch und sozial aktiv gestalten.

Baupolitik in Oberursel muss umweltpolitisch nachhaltig sein, d.h. Eingriffe in die knappen ökologischen Ressourcen sind so gering wie möglich zu halten und, soweit es möglich ist, auszugleichen. Bauen in Oberursel muss sich immer in die bauliche und soziale Umgebung einfügen. Wir wollen Grünflächen und Ortsränder schützen. Zersiedelung und Versiegelung ist zu vermeiden. Die grünen Ortsränder stellen wichtige Naherholungsgebiete und landwirtschaftliche Flächen dar und tragen als sichtbare grüne Grenze zu den Nachbarstädten zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt bei. Diese Forderung stellen wir auch an unsere kommunalen Nachbarn: Einen Frankfurter Stadtteil diesseits der A5 direkt an der Ortsgrenze von Weißkirchen und Steinbach lehnen wir jetzt und in Zukunft ab.

Wir stehen ein für eine vorrangige Entwicklung der innerstädtischen Flächen. Am nachhaltigsten kann Wohnraum durch die optimierte Nutzung bereits erschlossener und versiegelter Flächen geschaffen werden. Wir sind uns dabei der Zielkonflikte zwischen Ökologie, Klima- und Landschaftsschutz auf der einen Seite und der Notwendigkeit Wohnraum für alle Einkommensklassen zur Verfügung zu stellen bewusst und sind bereit, in die Entwicklung von Bommersheim/Süd als ökologisch, verkehrlich und soziales Modellwohnprojekt einzusteigen.

Downsizing ist eine weitere Möglichkeit, preisgünstig Wohnraum in Ballungsgebieten zur Verfügung zu stellen und dabei auch den ökologischen Fußabdruck klein zu halten. Wir treten deshalb für ein Modellprojekt für "Tiny Houses" in Oberursel ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Hessische Bauordnung so geändert wird, dass die Einführung einer kommunalen Solarpflicht möglich wird.

Die Stadt muss im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten eine aktive Baupolitik betreiben und zum Bau von günstigen Mietwohnungen beitragen.

Dabei sollen die in den letzen Jahren massiv ausgebauten Förderprogramme des Landes Hessen zum sozialen Wohnungsbau genutzt werden.

Wir fördern ökologisches und nachhaltiges Bauen und unterstützen gemeinschaftliche Wohnprojekte.

Neben dem Wohnungsbau, benötigt auch der Einzelhandel und das Gewerbe in Oberursel klare Perspektiven. In den letzten Jahren konnte man eine schleichende Umwandlung von Ladenflächen in andere Nutzungen konstatieren. Neue Einzelhandelsflächen - wie z.B. auf dem „Rompel-Areal“ - wurden vom Markt nicht angenommen. Perspektivisch ist von einem beschleunigten Strukturwandel mit einer Flächenkonzentration im stationären Einzelhandel auf der einen Seite und einem höheren Digitalisierungsgrad (Stichwort: Onlinehandel) auf der anderen Seite auszugehen. Es ist deshalb dringend erforderlich für Oberursel diejenigen Gebiete, in denen Einzelhandel bevorzugt stattfinden soll, neu zu definieren und in diesen Gebieten mit den Mitteln der Stadtplanung und des Baurechts solche Umwandlungen zu verhindern.

Das Rathaus ist an seinem jetzigen Standort zu erhalten und das gesamte Rathausareal sollte als politisch-kulturelle Mitte der Stadt weiterentwickelt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die vielfältige öffentlichen Nutzung des Rathausplatzes nicht durch Nutzungskonflikte mit eventuellen Neubauten perspektivisch eingeschränkt wird.

Wir GRÜNE setzen uns für eine vorausschauende Flächenbevorratungspolitik ein. Die Stadt benötigt Grünflächen für ökologische Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen von städtischen und privaten Baumaßnahmen. Solche Ausgleichsmaßnahmen sollen möglichst innerhalb des Oberurseler Stadtgebietes umgesetzt werden.

Der Oberurseler Stadtwald hat in den letzten Jahren unter negativen Folgen des Klimawandels - Hitze, Trockenheit und Borkenkäferplage - stark gelitten. Große Anstrengungen sind in den nächsten Jahren notwendig um ihn als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, in seiner Funktion für ein gesundes Stadtklima und Trinkwasser und als Naherholungsraum zu erhalten. Wir halten es für unabdingbar die Schwerpunkte in der Bewirtschaftung neu zu justieren: Weniger nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, hin zu einer naturnahen Waldwirtschaft.

Aus all den hier angerissenen Punkten lässt sich folgern, dass unsere Stadt in Bezug auf die Themen Klimaschutz, Ökologie, Naturschutz, Verkehr, Wohnungsbau, Barrierefreiheit und Generationengerechtigkeit, aber auch Einzelhandel und Gewerbe dringend fit gemacht werden muss für die Anforderungen der nächsten 20 Jahre. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass der mit Beginn der vorletzten Wahlzeit 2011 begonnene Prozess zur Aufstellung eines Stadtentwicklungsplanes aktualisiert, fortentwickelt und zügig zum Abschluss gebracht wird.

GRÜNE Politik zur Stadtentwicklung und Städtebau heisst konkret:

- Fortschreibung und Aktualisierung des in Aufstellung befindlichen Stadtentwicklungsplans.
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Moderate innerstädtische Verdichtung und Entwicklung von innerstädtischen Brachflächen bei weitest gehendem Verzicht auf die Entwicklung von Baugebieten in den Ortsrändern.
- Bommersheim/Süd soll als verkehrlich, ökologisch und soziales Modellwohngebiet stufenweise entwickelt werden.
- Bauen in Oberursel muss ökologisch, klimagerecht und generationengerecht („agefriendly“ und kinderfreundlich) sein.
- Etablierung eines Modellprojektes „Tiny Houses"
- Erhalt und Weiterentwicklung der Grünflächen im Innenbereich und an den Ortsrändern
- Einführung einer kommunalen Solarpflicht für Neubauten, sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen (Hessische Bauordnung) es zulässt.
- Umsetzung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen im Oberurseler Stadtgebiet anstatt über den Ankauf von "Ökopunkten".
- Die städtischen Grünflächen und Parks müssen klimagerecht weiterentwickelt werden.
- Etablierung eines „Urban Gardening Projektes"
- Förderung von preisgünstigem bzw. sozialgebundenem Wohnraum, auch durch städtische Wohnungsbauprojekte und durch Ankauf von Belegrechten durch die Stadt.
- Altersgerechte und barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes.
- Unterstützung von Formen betreuten Wohnens bzw. generationsübergreifenden Wohnprojekten durch die Stadt.
- Strategische Schaffung von „Begegnungsräumen“ im öffentlichen Raum z.B. durch Tische und (nicht nur) Bänke.
- Definition von Vorranggebieten für den stationären Einzelhandel und bau- und planungsrechtliche Sicherung der Ladenflächen in diesen Bereichen.